

georgsmarienhütte im gespräch



SPD

Sozialdemokraten

Verkehrsberuhigung – leichter gesagt als getan

Immer mehr Bürger unserer Stadt sind mit den Verkehrsverhältnissen in ihrem Wohngebiet unzufrieden, Verkehrsführung oder Verkehrsaufkommen empfinden sie als unzulänglich oder belastend.

Einige Bürger schließen sich mit Nachbarn und Anliegern ihrer Straße zusammen und fordern „Verkehrsberuhigung“ in ihrem Wohngebiet. Sie wenden sich dann an Rat und Verwaltung, um ihre Vorstellungen darzulegen und auf deren Verwirklichung zu drängen. Was gut so ist! Das politische Leben einer Kommune lebt von der Aufgeschlossenheit und dem Engagement seiner Bürger. Leider aber ist die Forderung nach „Verkehrsberuhigung“ häufig leichter aufgestellt als durchgeführt. Das ist meine Erfahrung, nachdem in den letzten Jahren in unserer Stadt mehrere Projekte dieser Art diskutiert und einige auch realisiert wurden. Die Schwierigkeiten entstehen dabei nicht im Rat – hier Bauausschuß –, sondern liegen häufig bereits in den Vorstellungen begründet, die von engagierten Bürgern an uns herangetragen werden. Ich möchte hier auf einige Probleme kurz eingehen.

Verkehrsberuhigung kann immer nur für ein ganzes Wohngebiet und nie für eine einzelne Straße

allein durchgeführt werden. Viele Initiativen verstehen unter „Verkehrsberuhigung“ lediglich Verkehrsverdrängung aus ihrer Straße. Dabei übersehen sie, daß der zu- und abfließende Verkehr auch weiterhin anfällt und sich nun auf die benachbarte Straße verlagert. Verständlicherweise bildet sich dann eine Gegeninitiative, die sich gegen eine derartige Verkehrsverdrängung in ihre Straße wendet.

Ein zweites Problem muß noch angesprochen werden. **Gegen unvernünftige Anlieger ist keine Verkehrsberuhigung möglich!** Solange sich selbst Anlieger verkehrsberuhigter Zonen so verhalten, als existierten die getroffenen Maßnahmen für sie nicht, wird Verkehrsberuhigung immer ein frommer Wunsch bleiben. Leider mußten seitens der Stadt bereits mehrere verkehrsberuhigende Maßnahmen rückgängig gemacht werden, weil sie von den Bürgern nicht akzeptiert worden sind.

Ich bin der Meinung, daß es zu vernünftiger Verkehrsberuhigung keine Alternative gibt. Ich glaube auch, daß noch nicht alle Möglichkeiten einer Verlangsamung des Verkehrs in Wohngebieten ausgeschöpft sind. Aber über eines müssen sich alle Bürger im Klaren sein: Verkehrsberuhigung

Inhalt:	Seite
Verkehrsberuhigung – leichter gesagt als getan	1
CDU in GMHütte	2
Geht es mit GMHütte finanziell bergab?	3
Wußten Sie schon?	3
In Sachen Klöckner ...	4
Wußten Sie schon?	4
FDP-Ratsherr zur SPD	5
Klausurtagung	5
Hindenburgstraße	5
Der neue Stadtdirektor	5
Nachruf	
K.-H. Brandenburg	5
Flüsterpropaganda ...	6
Welche Schule?	6
Verbilligter Eintritt	6
Bequemlichkeit	6
Gerhard Schröder: Politik und Moral	7
Arbeiterwohlfahrt (Anzeige)	8

bedeutet immer, das Auto vom ersten Platz zu verdrängen und anstelle eines bequemen Autofahrens die Lebensqualität einer Wohngegend zu fördern!

Werner Haunhorst

Die CDU – das Beste, was GMHütte zu bieten hat

Spätestens seit Ende 1984 weiß auch der letzte in GMHütte, welche Partei/Fraktion die örtliche CDU darstellt.

In der ihr bekannten Bescheidenheit und Zurückhaltung hatte die CDU-GMHütte bis vor kurzem verschwiegen, wie toll sie wirklich ist. Nun legte sie zum Jahresende eine „Zwischenbilanz“ zur Kommunalpolitik vor.

Aus dieser „Zwischenbilanz“ geht hervor:

1. Die CDU hat die Kommunalpolitik in GMHütte allein gemacht.
2. Was die CDU bedauerlicherweise noch nicht erledigen konnte, wird sie bis zu den Kommunalwahlen 1986 noch schaffen (eine Frage nebenbei: was will die CDU eigentlich nach der Wahl machen?).
3. Gleichgültig, wer Anträge einbringt, wer Punkte auf die Tagesordnung setzt, ob die Entscheidungen mit großen oder knappen Mehrheiten gefallen sind – Leistungsträger ist allein die CDU!

Wir danken für diese Belehrung!

Jetzt wissen wir, daß es eigentlich CDU-Gedanken in unseren Köpfen waren, als wir einen Grünordnungsplan für die gesamte Stadt beantragten, als wir einen Antrag zur Durchführung von Sondermüllaktionen stellten, als wir einen Antrag auf Verringerung der Streusalzkonzentrationen stellten, als wir Vorschläge für kommunale Maßnahmen gegen das Waldsterben machten usw. usw.

Wir danken der CDU, daß sie mit ihrer Mehrheit einen vertieften Schutz von Landschaftsbestandteilen verhinderte, als sie Pflanzenvernichtungsmittel auf den Straßen und Gehwegen erlaubte und als sie den Bebauungsplan Teckelhagen verabschiedete!

Waren wir doch so naiv, anzunehmen, daß unsere Anträge dem Umweltschutz dienten!

Auch unsere Vorschläge zur Verkehrssicherheit und -beruhigung waren sicherlich geheime CDU-Wünsche, die wir aussprechen durften!

Aber mit ihrer „Zwischenbilanz“ hat die CDU ihre sprichwörtliche Bescheidenheit aufgegeben und endlich für jeden deutlich gemacht, wer in dieser Stadt der Leistungsträger ist.

Damit diese Situation wirklich jedem klar wird, folgende Vorschläge:

1. Das CDU-Blatt „Stadt im Werden“ wird offizielles Gemeindeorgan, das spart Kosten und ist der direkteste Weg.
2. „Stadt im Werden“ ist passe! Liebe CDU, man könnte meinen, ihr habt die Stadt nach 15 Jahren immer noch nicht hingekriegt: eure Zwischenbilanz zeigt das Gegenteil – deshalb ein anderer Name, z. B. „Die perfekte Stadt“.
3. SPD und UWG bekommen auf direktem Wege die richtigen Auffassungen zur Kommunalpolitik (schriftlich) vorgelegt;

das würde uns viel Zeit des Nachdenkens und Diskutierens ersparen!

Ein Wermutstropfen fällt allerdings in diese so rosige Situation: Warum, liebe CDU gebt Ihr Euch mit einem Randphänomen wie der UWG ab? Ihr schreibt: „Als Fraktion haben wir in dieser Ausgabe mit fast gleichen persönlichen Mitteln geantwortet, wie sie seit 1981 von der UWG angewandt werden“.

Aber pfui, wo bleibt da die vornehme Zurückhaltung? Die Kollegen und Kolleginnen von der UWG werden es doch sicherlich noch lernen; nehmt sie an die Hand, gebt ihnen Eure „Zwischenbilanz“ zum intensiven Studium, damit sie lernen, wie man richtige Kommunalpolitik macht. Nur so haben sie die Chance, so zu werden wie Ihr!

Rainer Korte



„Fantastisch, und das haben Sie ganz allein erfunden Herr Geißler?“

NRZ-Zeichnung: Häitzinger

Geht es mit Georgsmarienhütte finanziell bergab?

Vor einigen Tagen lief durch die Presse eine Meldung, daß bei Bund, Ländern und Gemeinden 1984 mehr Steuern in der Kasse klingelten als erwartet, und daß die Gemeinden daran den größten Anteil hätten. Wenn diese Meldung auch allgemein zutreffend sein mag, für Georgsmarienhütte jedenfalls stimmt sie nicht. Im Gegenteil: unsere gemeindlichen Steuereinnahmen gingen teilweise rapide zurück. Dazu einige Zahlen: 1980 betrug das Gewerbesteueraufkommen noch rund 9.614.000,00 DM, für 1985 wird es dagegen nur noch auf 5,7 Mio. DM geschätzt; ein Rückgang von ca. 40%. Die Lohnsummensteuer 1980 noch mit 646.000,00 DM veranschlagt, hob der Gesetzgeber auf, so daß diese Einnahmequelle ausfiel. Allein die Beteiligung an der Einkommenssteuer stieg von 8,2 auf 10,6 Mio. DM. Doch damit könnten die seit 1980 erheblich gestiegenen Kosten und Umlagen nicht annähernd ausgeglichen werden.

Der starke Rückgang kommunaler Aufträge an die Wirtschaft zeigt sich vor allem bei den Ansätzen des Vermögenshaushaltes. So sank das Volumen von 1980: 17,1 Mio. DM auf 1985: 8,4 Mio. DM; also um etwa die Hälfte. Der Schuldenstand erhöhte sich von 1980: 52,5 Mio. DM auf 1985: 59,5 Mio. DM.

Fazit: Die finanzielle Lage bietet so gut wie keine Möglichkeiten, um sich von der Position des „nur Verwaltens“ zum „investiven Handeln“ fortzuentwickeln.

Welche Ursachen sind es, die uns im Vergleich zu anderen Kommunen so schlecht aussehen lassen. Folgende Faktoren sind dafür verantwortlich:

- Krise in der Stahlindustrie;
- hohe Arbeitslosigkeit;
- hohe Kurzarbeiterzahlen;
- rapides Ansteigen der Frührentner;

- monostrukturierte Wirtschaftskraft;
- zu geringe Bundes- und Landesmittel;
- hohe Kreisumlage;
- unveränderte Grundkostenblöcke wie Verwaltungs- und Personalkosten.

Die zukünftige Entwicklung läßt angesichts der jüngst angestiegenen Arbeitslosenzahlen kaum auf eine Verbesserung der Lage hoffen. Von einer Wende oder einem Silberstreifen am Horizont kann somit keine Rede sein. Um die Haushaltssituation in Georgsmarienhütte zu verbessern, müssen unter Berücksichtigung einer Studie des Institutes für Wirtschaftsforschung folgende Ziele vorrangig bei kommunalen Entscheidungen berücksichtigt werden:

- Arbeitslosigkeit auch mit kommunalen Mitteln senken;
- Umwelt stärker schützen;
- Ausbildungsplätze für Jugendliche bereitstellen;
- qualitative Wirtschaftsförderung betreiben, d. h., zukunftsweisende Branchen und Dienstleistungsbereiche stärker fördern;
- Landschafts- und Naturschutz als qualitatives Wohnumfeldmerkmal bei der Ausweisung von Baugebieten mehr herauskehren.

Was die Investitionsplanung für die nächsten Jahre angeht, so muß man in Zukunft trotz der hohen Schuldenlast die Kreditbremse lockern, und zwar für Maßnahmen, die in ihrer Rentabilität einen kurz- bis mittelfristigen Kapitalrückfluß garantieren. Wenn beispielsweise für den endgültigen Ausbau von Wohnstraßen öffentliche Mittel vorfinanziert werden müssen, dann erhält die Stadt sie nach der Abrechnung wieder zurück. Die Vergabe der Aufträge an die örtliche Wirtschaft für den Straßenausbau sichert wiederum Ar-

beitsplätze. Die in den letzten Jahren aus Sparsamkeitsgründen aufgeschobenen Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen für städtische Gebäude verursachen letztlich höhere Kosten als eine sofortige Inangriffnahme. Auch hier lassen sich durch sofortige Vergabe Kosten senken und gleichzeitig arbeitsmarktpolitische Effekte erzielen. Solche und ähnliche Beispiele kann man noch fortführen. Die Einnahmeentwicklung für die nächsten Jahre ist – was die Gewerbesteuer anbetrifft – im wesentlichen abhängig vom Schicksal des Klöcknerwerkes. Hinsichtlich der Einkommenssteuer, die in zwei Stufen für 1986 und 1988 gesenkt werden soll, sind weitere Einnahmeausfälle zu erwarten.

Insgesamt gesehen zeigt sich, daß anstehende Fragen nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden können. Auch eine Fortsetzung der konsequenten Sparpolitik des Rates führt allein nicht aus der finanzpolitischen Sackgasse. Um ein weiteres Absacken zu verhindern, ist das Schicksal unserer Stadt von dem Fortbestehen des Klöcknerwerkes abhängig. Daran zeigt sich die besondere Situation, in der wir uns im Gegensatz zu anderen Gemeinden befinden.

Dieter Selige

Wußten Sie schon ...

... daß zum Jahreswechsel am Regenrückhaltebecken in Oesede-Süd, in der Nähe vom Sportplatz „Glück-auf“, eine 40 cm dicke Eiche abgesägt und in das Wasser geworfen wurde?

Ich frage die Täter: Hattet Ihr in der Silvesternacht nicht etwas Besseres vor?

Werner Haunhorst

In Sachen Klöckner . . .

Zwei Flugblätter zu je 10.000 Stück verteilte die SPD GMHütte im November und Dezember in Sachen „Stahlstandort GMHütte“. Sie wurden auch an Kohl, Albrecht, Bangemann und Breuel geschickt. **Eine** Antwort ist bis jetzt bei uns eingegangen: Der Chef des Bundeskanzleramtes, Minister Schäuble, antwortete auf unsere dringende Bitte, endlich eine verbindliche Zusage der Bundesregierung über den Erhalt des Stahlstandortes GMHütte zu geben, mit den bekannten Argumenten: Zuerst muß ein Konzept vorliegen, das wird dann geprüft (Treuarbeit) und endlich darüber entschieden.

Wir geben den Wortlaut des Antwortschreibens auszugsweise wieder:

Dr. Wolfgang Schäuble, Chef im Bundeskanzleramt:

(Auszug aus einem Brief an die SPD-Georgsmarienhütte vom 7. Februar 1985)

„Die Bundesregierung hat sich in den bisherigen Gesprächen mit an dem Fusionsvorhaben Krupp/Klöckner Beteiligten stets darum bemüht, zu einer Lösung der Probleme beizutragen, die im Rahmen des beabsichtigten Fusionsvorhabens entstanden sind. Zunächst liegt es jedoch in der Verantwortung der Unternehmen, ein schlüssiges neues Umstrukturierungskonzept vorzulegen, auf dessen Grundlage die Bundesregierung dann prüfen kann, wie die dafür zur Verfügung stehenden Mittel neu bemessen werden müssen. Die Verantwortlichkeit für die Verabschiedung und Durchführung der Konzepte liegt aber bei den Unternehmen und ihren mitbestimmten Aufsichtsratsgremien. Solange dort die notwendigen Entscheidungen nicht getroffen worden sind, kann die Bundesregierung zu dem geplanten Fusionsvorhaben nicht Stellung beziehen.“

Wenn die Unternehmen ihr Konzept verabschiedet und der Bundesregierung vorgelegt haben, muß die Treuarbeit zunächst die Tragfähigkeit dieses Konzeptes prüfen. Die Bundesregierung wird dann sehr zügig über die endgültige Bemessung der dafür zur Verfügung zu stellenden Mittel entscheiden. Dies hat der Bundeskanzler auch dem Betriebsrat der Georgsmarienhütte in einem kürzlich geführten Gespräch versichert.“

Wir warten darauf, daß statt sattsam bekannter Sprüche endlich eine deutliche Entscheidung für die Hütte gefällt wird.

Klaus Kraegeloh

Wußten Sie schon . . .

. . . , daß es nicht nur äußerst umweltschädlich ist, Autos auf Hof oder Straße zu waschen (wir haben darauf schon früher hingewiesen!), sondern daß es auch verboten ist?

In der „Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt GMHütte“ heißt es im Paragraphen 16, Nr. 2: „Ölige, teerige, brennbare, übelriechende, gesundheitsschädigende Flüssigkeiten sowie Chemikalien dürfen nicht in die Gosse oder in die Kanalisationsschächte geleitet oder geschüttet werden.“

Zusammen mit dem Wunsch, unsere Umwelt zu schützen, sind das doch starke Argumente, das Auto in Zukunft in der Waschanlage auf Hochglanz bringen zu lassen! Und: das Wasser müssen Sie zu Hause auch bezahlen!

Rainer Korte

Dr. Alfred Emmerlich:

Die deutsche Stahlindustrie steckt in der Krise.

Deshalb, weil weltweit die Nachfrage bei weitem nicht ausreicht, um alle Stahlproduktionsstätten so zu beschäftigen, daß sie mit Gewinn arbeiten können. Auch deshalb, weil fast alle anderen europäischen Staaten ihre Stahlproduktion subventionieren, die deutsche Stahlindustrie vergleichbare Subventionen nicht erhält und infolge dessen mit dem ausländischen Angebot nicht mithalten kann.

Was tut die Bundesregierung, um die deutsche Stahlindustrie zu retten? Bei der zweifellos notwendigen Reduzierung der Stahlerzeugungskapazitäten will sie die Entscheidung den einzelnen Unternehmen überlassen. Diese sind aber mit solchen Entscheidungen hoffnungslos überfordert. Erforderlich ist ein an den neuen Rahmenbedingungen orientiertes Gesamtkonzept, das mit der Stahlindustrie und den Gewerkschaften abgestimmt ist. Erforderlich sind zweifelsfrei staatliche Anpassungshilfen für die Stahlindustrie. Diese dürfen aber nur dann gewährt werden, wenn die einzelnen Stahlerzeuger sich bei ihren Unternehmensentscheidungen dem Gesamtkonzept unterwerfen.

Zum Gesamtkonzept muß die Festlegung gehören, daß es bei den Kapazitätsreduzierungen nicht zur Stilllegung ganzer Stahlstandorte kommt und daß eine Verringerung der Beschäftigtenzahl sozial z. B. durch Sozialpläne voll abgedeckt sein muß.

FDP-Ratsherr Johannes Magnus der SPD beigetreten

Joh. Magnus, der bei der letzten Kommunalwahl ein Mandat errang, hatte sich gleich der SPD-Fraktion angeschlossen. SPD und FDP bildeten im Rat eine Gruppe. Im Januar 1985 entschloß sich Magnus, aus der FDP auszutreten: Er meldete sich gleichzeitig bei der SPD an. Damit wird die Gruppe in eine Fraktion umgewandelt.

J. Magnus hat in der Kommunalpolitik immer die Auffassung der SPD vertreten. Neben seiner Ausschubarbeit im Schulausschuß und im Beirat der Stadtbibliothek war er häufig Gast bei den Sitzungen des Bauausschusses. Hier erhält er jetzt auch Sitz und Stimme. Friedel Lauxtermann scheidet dafür aus dem Bauausschuß aus.

Der neue Stadtdirektor

Dr. Hermann Janning wird neuer Stadtdirektor. Der Rat der Stadt wählte den derzeitigen 1. Beigeordneten und Dezernenten für Raumordnung, Schulwesen, Kultur- Jugend- und Sportarbeit der Stadt Emsdetten einstimmig. Die SPD-Fraktion hatte Dr. Janning vorher zu einer Vorstellung und einem Gespräch eingeladen, in dem er seine Vorstellungen über seine zukünftige Tätigkeit skizzierte und sich den kritischen Fragen der Fraktionsmitglieder stellte. Dr. Janning hinterließ bei allen Beteiligten einen ausgezeichneten Eindruck, so daß es der Fraktion nicht schwer fiel, für ihn zu votieren.

SPD-Fraktion unterrichtet sich an Ort und Stelle über die Situation an der Hindenburgstr.

Zu den umstrittenen Projekten der Stadt Georgsmarienhütte gehört der Ausbau der Hindenburgstr., besonders im oberen Teilabschnitt (Bauhofgelände und Kreuzung Haseldehnen/Parkstr.). Nach einer Besichtigung der Firma Niemeyer, deren reichhaltiges Angebot (incl. Fahrradventile) die Mitglieder der Fraktion registrieren konnten, legten die Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Alt-GMHütte, Herr Brandt und Herr Niemeyer ihre Probleme offen dar. Sie äußerten sich besorgt über bevorstehende Geschäftsschließungen an der Hindenburgstr. und über die Gefahr der Abkapselung im Norden durch die neue Linienführung der L 95 und im Süden durch die ge-

plante Vorfahrtsregelung der Linie Haseldehnen/Parkstr. Auch das Parkplatzproblem ist in ihren Augen noch nicht gelöst. Grundsätzlich bestehen nach ihrer Auffassung keine Bedenken gegen eine Erweiterung des Geschäftsangebotes auf dem ehemaligen Bauhofgelände. Sie wiesen jedoch auf die Problematik bei der Ansiedlung eines Supermarktes hin.

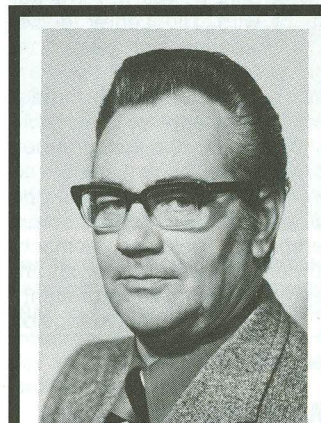
Die SPD-Fraktion konnte die Bedenken der Arbeitsgemeinschaft teilen und sagte Unterstützung bei den vorgetragenen Wünschen vor: u. a. Schaffung von Parkplatzmöglichkeiten, weiterer Ausbau der Hindenburgstr. im oberen Abschnitt, Standorterhaltung des Arbeitsamtes.

Klausurtagung der SPD-Fraktion

In jedem Jahr findet sich die Fraktion zu einer intensiven Klausurtagung zusammen. Auf der Tagungsordnung stand in diesem Jahr der **Stadtentwicklungsplan**. Die SPD-Fraktion hatte Herrn Reinersmann, der für Georgsmarienhütte einen derartigen Plan entworfen hatte, eingeladen. Schwerpunkt der Arbeit war das Kapitel **Verkehrsplanung**. Herr Reinersmann erläuterte seine Vorstellungen. Eine lebhaft Diskussions schloß sich seinem Bericht an. Die Fraktion beleuchtete auch den Generalverkehrsplan, der 1979 von dem Büro Dr. Schubert, Hannover aufgestellt wurde, und gelangte zu der Auffassung, daß es dringend erforderlich sei, diesen Plan zu überarbeiten und fortzuschreiben.

Die SPD-Fraktion wird dazu konkrete Vorschläge unterbreiten.

Helmut Stahlmann



Am 10. November 1984 verstarb Karl-Heinz Brandenburg, langjähriges Ratsmitglied in Georgsmarienhütte. Viele werden sich erinnern, wie er sich im Laufe seiner ehrenamtlichen Tätigkeit besonders für soziale Belange eingesetzt hat. Die SPD hat mit ihm einen treuen Mitstreiter verloren.

Flüsterpropaganda gegen öffentliche Schulen

In den letzten Jahren häufen sich die Fälle, daß Eltern ihre Kinder nach Osnabrück in kirchliche Schulen schicken. Das ist ihr gutes Recht. Die Auswirkungen zeigen sich besonders bei den Orientierungsstufen und Hauptschulen in Alt-GMHütte und Kloster Oesede. Durch den „Schülerschwund“ werden sie immer näher an den Rand ihrer Existenz gedrängt und eine sinnvolle pädagogische Arbeit erschwert. Die Frage ist erlaubt: Sind die kirchlichen Schulen in Osnabrück wirklich besser? Sind die öffentlichen Schulen in GMHütte so schlecht? Fatal wird die Angelegenheit, wenn – was z. B. die Schule in Kloster Oesede angeht – diese ganz bewußt in Verruf gebracht wird. Die Lehrer dieser Schule können sich gegen die anonymen Angriffe nicht wehren. Fazit: An jeder Schule gibt es bessere und schlechtere Lehrer. Wie wäre es, wenn die kursierenden Vorwürfe, die bedenkenlos weitergetragen werden, einmal den sie betreffenden Lehrpersonen **persönlich** bekannt gemacht würden? Das wäre besser, als ungeprüft Gerüchte zu verbreiten!

Klaus Kraegeloh

Welche Schule für mein Kind?

Die Schulaufsicht ist endlich dahinter gekommen: Die Grundschule Michaelis in Oesede hat weit mehr evangelische Kinder, als sie eigentlich haben dürfte, nämlich nur 11. Mehr darf nur eine Schule für Schüler **aller** Bekenntnisse haben, und die Michaelisschule ist katholisch.

Jetzt hat die Schulaufsicht „Halt“ geblasen, es dürfen keine weiteren evangelischen Kinder mehr aufgenommen, der „Bestand“ soll langsam abgebaut werden. Auch die Frage des evangelischen Religionsunterrichts soll inzwischen gelöst worden sein. Eine gute Lösung?

Ich meine: Man kann doch Eltern nicht einfach das Recht verweigern, ihre Kinder in die nächstgelegene Grundschule zu schicken, in die auch die Nachbarkinder gehen. Niemand wird einsehen können, daß Sechsjährige an einer Grundschule vorbei noch kilometerlange Wege zurücklegen müssen, von den Gefahren beim Überqueren von befahrenen Straßen ganz zu schweigen. Hier sind alle gefordert, eine befriedigende Lösung zu finden. Das hat mit „Schulkampf“ nichts zu tun! Wir kleben uns doch auch sonst so niedliche Aufkleber ans Auto, auf denen steht: Ein Herz für Kinder.

Klaus Kraegeloh

Muß Bequemlichkeit so weit gehen?

In letzter Zeit häufen sich die Vorfälle, daß die Abfallgruben auf den Friedhöfen der Luther-Kirche – sowie der Herz-Jesu-Gemeinde als öffentliche Mülldeponien angesehen werden. Immer wieder wird festgestellt, daß Bürger, teilweise per Auto, ihre Gartenabfälle in die lediglich für Friedhofsabfälle bestimmten Abfallgruben werfen. So wurde beobachtet, wie die neugestaltete Abfallgrube am Friedhofseingang Haarmannstraße – kaum fertiggestellt – mit Gartenabfällen gefüllt war.

Abgesehen davon, daß wir solche Handlungsweise als pietätlos be-

Für die Kirchengemeinde „Herz-Jesu“
i. A. Albert Boberg

Verbilligter Eintritt bei städtischen Einrichtungen

Arbeitslose Jugendliche bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger sollen künftig verbilligte Eintrittsmöglichkeiten erhalten, und zwar

- Hallenbad 50%
- Ausleihen von Büchern in der Stadtbibliothek kostenlos
- sonstige städtische Veranstaltungen kostenlos

Dies beschloß auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig der Sozialausschuß in seiner letzten Sitzung. Die Richtlinien müssen noch vom Rat verabschiedet werden und sollen am 1. 4. 1985 in Kraft treten.

Dieter Selige

zeichnen müssen, weisen wir in aller Schärfe darauf hin, daß es auch nicht statthaft ist, die Abfallgruben der Friedhöfe in der beschriebenen Weise zu mißbrauchen. An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, daß die Abfuhrkosten nicht mehr die Stadt trägt, sondern den Kirchengemeinden voll in Rechnung gestellt wird.

Sollte in Zukunft der Mißbrauch der Abfallgruben unserer Friedhöfe fortgesetzt werden, sehen wir uns leider gezwungen, den betreffenden Personen die anfallenden Kosten in Rechnung zu stellen.

Für die Luther-Kirchengemeinde
i. A. W. Viehmeyer

GERHARD SCHRÖDER

Politik und Moral gehören zusammen

Gut zwei Jahre ist die Regierung Kohl im Amt. In dieser kurzen Zeit hat sie sich eine solche Flut von Affären und Pannen geleistet, daß eigentlich nichts mehr Überraschen kann. Ich will diese Affären nicht noch einmal auflisten. Im Grunde haben sie alle das gleiche Ergebnis: Die Glaubwürdigkeit von Politik wird aufs Spiel gesetzt; die politische Kultur geht vor die Hunde.

Ich war Mitglied der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“. Was mich erschrocken gemacht hat, war die Distanz zwischen der protestierenden Jugend und dem demokratischen Staat. In vielen Fällen war das Mißtrauen gegenüber der Politik bei diesen Jugendlichen abgrundtief. In einem Brief an die Kommission schrieben Jugendliche: „Massive Kriegsvorbereitung, permanentes Risiko radioaktiver Verseuchung, Ausbeutung der Dritten Welt, Umweltzerstörung überall, legales Spekulantentum mit unserem Wohnraum, lügende Politikermäuler, das sind Symptome der Krankheit, die wir bekämpfen.“

In den Debatten mit den betroffenen Jugendlichen habe ich gesagt: Das stimmt so nicht; Politik ist anders. Es lohnt sich, sich politisch zu engagieren. Ich habe versucht, davon zu überzeugen, daß in der Politik nicht die Macht der Millionäre, sondern die Macht der Millionen zählt.

In der Zwischenzeit ist es nicht leichter geworden, mit kritischen Jugendlichen über das Thema Politik und Moral zu reden. Im Gegenteil.

Da gibt es doch den Jugendlichen, der sich dutzendfach beworben und immer noch keine Lehrstelle hat. Da gibt es doch den Stahlarbeiter in Georgsmarienhütte und anderswo, der um seinen Arbeitsplatz bangt. Da ist doch die Rentnerin, die keinen Ausgleich für die Preissteige-

rungsraten bekommen wird. Da ist doch der Landwirt, der durch die Politik dieser Regierung an den Rand der Existenz gebracht worden ist.

Alle diese Menschen, die um ihre Existenz ringen, vertrauen darauf, daß man Politik nur auf legalem Wege verändern darf. Nur der Weg der Legalität und der Anständigkeit soll begangen werden.

Und dann müssen sie entdecken, daß es für die Großen, für die Mächtigen im Lande, Wege jenseits der Legalität, jedenfalls Wege jenseits der Moral zu geben scheint.

Nicht daß in unserer Gesellschaft unterschiedliche Interessen vertreten werden ist der Skandal, sondern wie sie vertreten werden. In der Flick-Affäre darf es deshalb kein weiteres Vertuschen geben, kein Drumherumgerede, kein Bemänteln und Verbrämen. Und schon gar keine weiteren Amnestieversuche.

Die Menschen in unserem Lande verstehen durchaus, daß Gesetzesverstöße bestraft werden müssen. Dieses Verständnis ist Teil einer politischen Kultur, die Recht vom Unrecht zu unterscheiden weiß.

Aber was soll denn der Jugendliche denken, der wegen eines Kaufhausdiebstahls angeklagt und verurteilt wird, wenn er erleben muß, wie von seiten der Regierungsparteien und des Kanzlers immer erneute Anläufe gemacht werden, um zu einer Amnestie für Steuerstraftäter zu kommen. Amnestieversuche, die beispielsweise von einem Bundeskanzler vorangetrieben werden, der mit großer Selbstverständlichkeit zugegeben hat, gegen Gesetze verstoßen zu haben. Aber dabei findet er nichts, schließlich hätten das ja alle getan.

Die Bundesrepublik ist nicht mit der Weimarer Republik vergleich-

bar. Das ist richtig. Aber wir müssen aufpassen. Die Glaubwürdigkeit der Politik, die Integrität des Staates, die Legitimation unserer Gesetzgebung müssen ohne Wenn und Aber wiederhergestellt werden. Gleiches Recht für alle, das darf keine leere Phrase werden.

Und für die Flick-Affäre gilt: Dieser Spendensumpf muß gründlich ausgetrocknet werden. Es darf nicht sein, daß Politik gekauft werden kann. Sonst könnte doch noch aus Bonn Weimar werden.



Gerhard Schröder, SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1986 in Niedersachsen, stellvertretender SPD-Landesvorsitzender und SPD-Vorsitzender des Bezirks Hannover.

Herausgeber:
SPD-Ortsverein GMHütte;
Verantwortlich im Sinne des
Pressegesetzes:
Klaus Kraegeloh,
Fasanenweg 21;
Satz und Druck:
Druckerei Lothar Günter,
GMHütte, Schauenroth 13;
Auflage: 9 000 Stück



Arbeiterwohlfahrt Georgsmarienhütte



Wer finanziert die „Opferpolitik“ wirklich?

Nach Ansicht der Arbeiterwohlfahrt ist das „wahre Ausmaß der sozialen Demontage“ bis heute vernebelt geblieben. Ein Ende der Opferpolitik ist noch nicht in Sicht. Mit Änderungen im Schwerbehindertenrecht, mit einer Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, mit der Verschlechterung der Hinterbliebenenversorgung und des Familienlastenausgleich, mit Überlegungen zu höheren Beitragsbelastungen in der Kranken- und Rentenversicherung und nicht zuletzt mit der beabsichtigten „Steuerreform“ drohen neue soziale Ungerechtigkeiten.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert alle „Getroffenen“ und „Betroffenen“ auf, sich zu äußern und zu schreiben. Ziel dieser Aktion ist es, die Summe dieser *sozialen Ungerechtigkeiten* in einem Schwarzbuch zu dokumentieren.

Zuschüsse zur Familienerholung

Die AWO-GMHütte ist weiterhin in der Lage zu Familienerholungen (für Familien mit drei u. mehr Kindern bzw. für Alleinerziehende mit einem Kind oder mehr) ganz erhebliche Zuschüsse zu vermitteln.

Näheres erfahren Sie durch die Ortsvereine.

Nach Berlin zur Bundesgartenschau

Im Juni bietet die AWO GMHütte äußerst günstig zweimal eine Woche „Berlin“ mit einem vielfältigen Programm (mit einem Besuch bei der Bundesgartenschau u. a. m.).

aus den Ortsvereinen – aus den Ortsvereinen – aus den Ortsvereinen

Ortsverein Oesede:

Termine und Kurzinformationen:

Unsere *Beratungs- und Hilfsdienst* erreichen Sie unter folgenden Tel.-Nr.

montags	
14.00–16.00 Uhr	4 34 64
14.00–16.00 Uhr	4 14 90
mittwochs	
14.00–16.00 Uhr	4 14 90
donnerstags	
14.00–16.00 Uhr	4 34 64

Donnerstag, 7. 3.

Handarbeiten
(Filethäkeln/C. Klipsch)

Dienstag, 12. 3.

Diavortrag
(Eindrücke bei Israelreisen)

Mittwoch, 17. 4.

Besichtigung der Firma
Karmann Osnabrück

Haben Sie Wünsche, Anregungen oder Fragen, wenden Sie sich an:

Ortsverein Georgsmarienhütte:

H. Fricke
Kohlgarten 11
Telefon 23 60

Ortsverein Kloster Oesede:

H. Hüntelmann
Sanddornstraße 31
Telefon 4 33 16

Ortsverein Oesede:

H. Klipsch
Schwedeldorfer Straße 24
Telefon 4 03 51

Arbeiterwohlfahrt. Weil Hilfe immer nötig ist.